

25 000 unterschreiben gegen Konrad

Linken-Appell an Stadt und Kreis: „Unterstützen!“

VON TAREK ABU AJAMIEH

SALZGITTER/KREIS HILDESHEIM. Rund 25 000 Unterschriften sind bisher gegen das Atommüll-Endlager Schacht Konrad im Allgemeinen und die mögliche Verdopplung der Lagerkapazität im Speziellen zusammengekommen. Das hat Simone Kessner, persönliche Referentin des Salzgitteraner Oberbürgermeisters Frank Klingebiel, jetzt erklärt. Die Stadt hatte wie berichtet zusammen mit der Bürgerinitiative „AG Schacht Konrad“, der Gewerkschaft IG Metall und dem Landvolk zu Einwendungen gegen die Pläne der Bundesregierung für Schacht Konrad aufgerufen.

Zuvor war bekannt geworden, dass der Bund erwägt, knapp 600 000 statt der genehmigten 303 000 Kubikmeter Atommüll in dem alten Eisenerz-Bergwerk einzulagern – darunter auch Fässer, die derzeit in der Asse (Landkreis Wolfenbüttel) liegen.

Klingebiel hatte das Ziel von 200 000 Unterschriften ausgerufen und auch benachbarte Städte und Landkreise um Unterstützung gebeten – schließlich hat Salzgitter allein nur rund 100 000 Einwohner. Gegenüber dieser Zeitung hatte er bereits eingeräumt, diese Marke sei „natürlich sehr ambitioniert, aber man muss sich auch hohe Ziele setzen, wenn man etwas erreichen will“.

Hilfe aus Goslar

Monika Kessner will den Zwischenstand nicht als Enttäuschung betrachten: „Wir hatten ja auch nur vier Wochen Zeit.“ Beim ursprünglichen Genehmigungsverfahren waren weit mehr als 200 000 Unterschriften zustande gekommen, daran habe sich die Stadt orientiert – damals sei die Sammlung allerdings über vier Jahre gelaufen. Allerdings: Damals bestand auch noch nicht die Möglichkeit der papierlosen Einwendung vom heimischen Computer aus.

Fest steht bereits, wann Klingebiel die Unterschriften der Bundesregierung übergibt. Er hat am Donnerstag, 28. Mai, einen Termin bei Staatssekretär Jochen Flasbarth im Bundesumweltministerium. Im Landkreis Hildesheim gab es bis gestern Nachmittag nur eine Reaktion auf den Salzgitteraner Appell zur Unterstützung: Die Linkspartei rief die Bürger zur Unterstützung der dortigen Initiative auf: „Die Salzgitter-Initiative wird von allen Ratsparteien dort mitgetragen. Wir schlagen vor, dass die Hildesheimer Parteien und Gremien sich anschließen um Salzgitter bei der weiteren politischen Auseinandersetzung zu unterstützen“, erklärt Vorstandsmitglied Krüger.

Goslar's Oberbürgermeister Oliver Junk hat gestern eine Einwendung unterschrieben und an seine Mitbürger appelliert, es ihm nachzutun. Das berichtete die Stadt Goslar gestern.

Jeder Interessierte kann noch bis Dienstag, 26. Mai, online auf <http://einwendung.ag-schacht-konrad.de> seine Einwendung abgeben.

Westphal: „Priorität“ für Erdkabel

KREIS HILDESHEIM. Der Giesener SPD-Bundestagsabgeordnete Bernd Westphal hat sich klarer denn je für eine Erdverkabelung der geplanten Höchstspannungsstromleitung Süd.Link ausgesprochen. „Der Netzausbau ist zwingende Voraussetzung für das Gelingen der Energieende. Um eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen, muss sie als Erdkabel geplant und durchgeführt werden“, erklärte er jetzt. Noch im Wahlkampf hatte Westphal gesagt, „in der Nähe von Wohngebieten“ fordere er Erdkabel.

Im Rahmen des Projektes Süd.Link sei es unerlässlich, die Interessen der Bürger vor Ort „in besonderer Weise“ zu wahren, versichert Westphal. Er stehe im engen Dialog mit den Bürgerinitiativen im Landkreis. Die höheren Kosten für Erdkabel – laut Kabelhersteller das Doppelte gegenüber Freileitungen – seien „durchaus verkraftbar“. Deshalb setze er sich im aktuellen Gesetzgebungsverfahren für die Erdverkabelung als „Priorität“ ein. Und stellte auch vor dem Hintergrund der Debatte um Gorleben und Schacht Konrad in Niedersachsen in Anspielung auf den jüngsten Vorstoß der bayerischen Landesregierung: „Wenn sich Bayern jetzt beim Netzausbau einen schlanken Fuß macht, sollte ernsthaft geprüft werden, ob bei möglichen längeren Laufzeiten für Kernkraftwerke ein atomares Endlager nicht auch in Bayern möglich wäre.“ *abu*

Biogas-Bauern rufen Karlsruhe an

Bundesverfassungsgericht soll Kürzung der garantierten Vergütung stoppen / „Investitionen ausgebremst“



Dunkle Wolken über den Biogasanlagen? Gerrit Müller-Rüster, Lutz Decker und Jan van Leeuwen hadern mit der Gesetzesänderung.

Foto: Abu Ajamieh

VON TAREK ABU AJAMIEH

BIERBERGEN/KREIS HILDESHEIM. Betreiber von Biogasanlagen sind empört: Sie sollen nur noch für 95 Prozent des von ihnen gelieferten Stroms die volle Vergütung bekommen, für den Rest nur einen Bruchteil davon. Für einzelne Landwirte kann das Umsatzeinbußen im hohen fünfstelligen Bereich bedeuten, wie das Beispiel zweier Betreiber aus der

Gemeinde Hohenhameln zeigt. Sie unterstützen jetzt eine Verfassungsbeschwerde gegen die entsprechende Gesetzesänderung, weil sie diese für einen Verstoß gegen Grundrechte halten – und drohen mit Konsequenzen für die Energieende: Sie würden eben weniger Strom produzieren, der Ausbau des Wärmenetzes stagniere – und Innovationen würden ausgebremst.

Es geht um die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im vergangenen Jahr. Sie enthält einen Passus für die Betreiber von Biogasanlagen. Die haben – ebenso wie die Betreiber von Solaranlagen oder Windrädern – eine auf 20 Jahre garantierte Einspeisevergütung pro Kilowattstunde. Nun allerdings gibt es ein neues Rechenmodell: Die höchste Jahresproduktion einer Biogasanlage in einem Kalenderjahr wird als Grundlage genommen – und für 95 Prozent dieses Wertes bekommt der Betreiber die gesetzliche Vergütung. Liefert er mehr Strom, bekommt er nur noch den Börsenpreis.

„Wir haben bisher ziemlich konstant 17,5 Millionen Kilowattstunden Strom pro Jahr produziert“, berichten Lutz Decker und Jan van Leeuwen. Die Menge entspricht dem Durchschnittsbedarf von 5000 Haushalten. Die beiden Schwager betreiben zwischen Bierbergen und Stedum in der Gemeinde Hohenhameln seit knapp zehn Jahren eine Biogasanlage. Die volle Vergütung sollen sie künftig nur noch für rund 16,8 Millionen

Kilowattstunden bekommen. Da die Vergütung bei gut 17 Cent pro Kilowattstunde liegt, der Börsenpreis aber nur bei gut 3 Cent, rechnen sie mit Umsatzeinbußen von rund 100 000 Euro im Jahr. Die Konsequenz: „Wir werden natürlich entsprechend weniger Strom produzieren“, kündigt Decker an. „Der Börsenpreis deckt nicht einmal die Rohstoffkosten.“

Als Reaktion auf die Novelle haben sich inzwischen mehr als 100 Betreiber, zumeist Landwirte, aus ganz Deutschland im „Verein Nachhaltige Energien“ zusammengetan, um die Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zu unterstützen. Darunter sind auch einige Bauern aus der Region. Sie halten die neue Regelung weder rechtlich noch ökonomisch für vertretbar. „Die Landwirte haben ihre Investitionen auf Basis der Vergütungszusage des EEG gestartet – und die wird jetzt plötzlich reduziert.“ Neuen Anlagen von vornherein geringe Vergütungen zu zahlen, sei in Ordnung – mitten im Betrieb die Regeln zu ändern, nicht. „Wir glauben, dass das gegen die Verfassung verstößt“, sagt Gerrit Müller-Rüster, Rechtsanwalt und Sprecher des Vereins.

Darüber hinaus bremse die Gesetzesnovelle weitere Investitionen aus: „Wer weniger einnimmt, kann auch weniger in seine Anlagen stecken“, sagt Müller-Rüster. Und nicht nur das, moniert Decker: „Wir haben unsere Anlage in den

vergangenen Jahren schon effizienter gemacht. Das sollte eigentlich ein Ziel sein, wird aber nicht mehr belohnt.“ Denn: Produzierten er und van Leeuwen mit der gleichen Menge Rohstoffe mehr Strom, hätten sie nichts davon.

Auch deshalb mahnt Rechtsanwalt Müller-Rüster, gehe der Schuss nach hinten los: „Ziel der Novelle war ja, den Anstieg der Strompreise zu bremsen. Doch das funktioniert so nicht.“ Schließlich lieferten Biogasanlagen rund um die Uhr Strom, anders als Windkraft und Photovoltaik. Seine Schlussfolgerung: „Sinkt der Anteil des Biogas-Stroms, muss er durch andere konstante Produzenten ersetzt werden, also Kohle- oder Gaskraftwerke.“ Das sei weder ökologisch besser noch finanziell günstiger. „Erst recht, wenn neue Gaskraftwerke gebaut werden müssen“, so der Anwalt.

Bei der Bierberger Anlage gibt es noch einen weiteren Aspekt, den Anlieger konkret zu spüren bekommen: 70 Haushalte in Bierbergen können mit Hilfe der Abwärme der Biogasanlage günstig heizen. „Wir ersetzen 250 000 Liter Heizöl“, rechnet Decker vor. Er und sein Schwager könnten weitere 80 Haushalte mit Wärme versorgen, das Interesse sei da. „Aber im Moment sehen wir von den nötigen Investitionen ab“, sagt er.

Mit einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes rechnet Anwalt Müller-Rüster „in anderthalb bis zwei Jahren“.

Biogas-Boom ist vorbei

KREIS HILDESHEIM. 24 Biogasanlagen stehen inzwischen im Landkreis Hildesheim. Sie produzieren rund 87 Millionen Kilowattstunden Strom – und versorgen damit rechnerisch rund 25 000 Haushalte. Doch der Boom ist vorbei, mit Neubauten rechnet niemand mehr – allein schon, weil sich das durch die sinkenden Vergütungen nicht mehr lohnt. Der Maisanbau geht indes sogar wieder leicht zurück – weil Zuckerrüben, Getreide, Gras und andere Rohstoffe inzwischen oft günstiger sind, verbrauchen die Biogasanlagen auch weniger Mais. Bei Lutz Decker und Jan van Leeuwen zum Beispiel liegt der Anteil noch bei rund 60 Prozent. *abu*

Wie man mit Zivilcourage Einbrecher im Feld fängt

Michael Dißmer hilft bei Ganovenjagd und erhält neuen Preis des Landkreises Hildesheim

VON ALEXANDER RATHS

KREIS HILDESHEIM. Der 45-jährige Wülfinger Michael Dißmer hat den neuen Preis für Zivilcourage des Landkreises gewonnen. Zwar zeichnen schon Hildesheim und Sarstedt mutige Menschen aus, einen Preis für die gesamte Region gab es aber noch nicht. Dißmer hatte der Polizei im vergangenen Jahr geholfen, gleich drei Einbrecher in Wülfingen dingfest zu machen.

Für Elektromeister Dißmer scheint der 17. September 2014 ein ganz normaler Tag zu sein. Der Wülfinger, der mit Ehefrau Daniela in der Straße Im Kampe wohnt, kommt zurück von seinem Arbeitsplatz in Hannover. Die Uhr zeigt 15.30. Der 45-Jährige will beim Nachbarn die Post aus dem Briefkasten holen. Die Leute sind im Urlaub, also sieht er bei ihnen nach dem Rechten. Plötzlich fällt Dißmer ein Auto auf, das sonst nicht in der Straße steht. Am Steuer: ein Fremder. Der Wülfinger schöpft gleich Verdacht. Und dann drückt der Mann in dem Wagen auch noch auf die Hupe. „Ich wusste gleich, das sind Einbrecher. Das war wohl Instinkt“, erzählt der 45-Jährige später.

Er soll Recht behalten. Sekunden später sieht er, dass die Kellertür des Nachbarhauses aufgebrochen ist. Diß-



Michael Dißmer mit seiner Ehefrau Daniela im Kreishaus. Dort hat er seine Auszeichnung bekommen – einen Alu-Handabdruck und 1000 Euro. Foto: Kaiser

mer fährt der Schreck in die Glieder. Aber er gerät nicht in Panik. Sondern ruft die Polizei mit dem Handy an. Die beordert gleich einen Streifenwagen nach Wülfingen. Dißmer holt derweil eine Kamera und fotografiert das ver-

dächtige Auto – aus sicherer Entfernung. Und offenbar unbemerkt. Er ruft die Polizei noch mal an und dirigiert sie exakt zum Tatort. Beamte nehmen einen 24-jährigen Hildesheimer fest, der am Steuer des Autos sitzt. Wohl das Fluchfahrzeug. Weitere Streifenwagen treffen ein. Die Polizei schickt unterdessen ein Großaufgebot nach Wülfingen, auch den Hubschrauber „Phönix 93“ fordert sie an.

Polizisten nähern sich dem Haus, in dem sie weitere Einbrecher vermuten. Und tatsächlich, zwei Männer nehmen gleich Reißaus. Sie springen durchs Küchenfenster, rennen davon. Die Täter erreichen ein Rübenfeld, in dem sie sich verstecken. Aber schon schwebt der Polizei-Helikopter über ihnen. Die Rotorblätter fegen den Blick auf die Männer frei. Die laufen wieder davon. Doch ein Streifenwagen braust über das Feld heran. Dann nimmt die Polizei das Duo fest – einen 24-jährigen Sarstedter und einen 19-jährigen Hildesheimer, für die Polizei keine unbeschriebenen Blätter.

Ohne Michael Dißmer wäre dies alles so schnell wohl nicht möglich gewesen.

Dafür wurde er am Donnerstag im Kreishaus ausgezeichnet. „Ich schäme mich, dass es ausgerechnet mich trifft. Es gibt doch noch andere, die das ver-

dient hätten“, sagt er bescheiden. Für ihn war es selbstverständlich, sofort einzugreifen. „Dabei ist es mir völlig wurscht, ob es ein Nachbar ist oder jemand anders“, sagt der Mann. Und: „Ich würde das immer wieder tun. Über die Konsequenzen denkt man erst später nach.“

Für die Polizei, die den Mann für den Couragepreis vorgeschlagen hatte, handelte er genau richtig. Mutig – und besonnen. Denn statt den Helden zu spielen, habe er gleich den Notruf 110 gewählt. Auch Polizei-Inspektionsleiter Uwe Ippensen lobt Dißmer ausdrücklich. Der erhält einen 1000-Euro-Preis. „Das Geld spende ich dem Heimatbund Wülfingen“, so der 45-Jährige. Zudem bekommt er von der Firma KSM einen Handabdruck aus Aluminium. Der Preis winkt im März 2016 auch dem nächsten Menschen im Landkreis, der ähnlich wie Dißmer handelt. Wer Vorschläge machen will, kann die Polizei unter 051 21 / 939 107 oder gesa.hagen@polizei.niedersachsen.de erreichen.

Neben der Kripobeamtin sitzen Kreisdezerent Helfried Basse, Kreiswohnbau-Geschäftsführer Matthias Kaufmann, Uwe Herwig vom Präventionsrat und Künstler Enrico Gabelmann in der Jury. Herwig und Gabelmann hatten die Idee zu der Auszeichnung.

Fünf Verletzte bei Unfall in Wesseln

Fiat Panda kommt am Abend vom Feldweg ab

VON CHRISTIAN HARBORTH UND GEOFFREY MAY

WESSELN. Bei einem schweren Verkehrsunfall in Wesseln sind gestern Abend fünf junge Menschen verletzt worden. Aus bisher ungeklärter Ursache kamen die drei Männer und zwei Frauen gegen 20 Uhr auf einem Feldweg östlich der Ortschaft mit ihrem Fiat Panda von der unbefestigten Straße ab. Warum sie mit dem Kleinwagen auf dem Weg in Richtung Steinbruch oder zurück waren, müssen die weiteren Ermittlungen der Polizei ergeben.

Die Beamten und auch die Retter der Feuerwehr fanden beim Eintreffen den schwerverletzten Fahrer sowie vier Beifahrer vor. Der 18-Jährige aus Bad Salzdetfurth hatte sich mehrere Knochenbrüche zugezogen. Die 17-jährige Beifahrerin aus Hildesheim sowie die 18, 19 und 15 Jahre alten Passagiere im Fonds zogen sich leichte Verletzungen zu. Mehrere Rettungswagen brachten die Verletzten in Krankenhäuser.

Weitere Details zum Unfall will die Polizei heute mitteilen.

Atemschutz ist ab sofort ein Gemeinschaftsprojekt

KREIS HILDESHEIM. Beim Atemschutz für die Feuerwehrlaute machen jetzt alle Städte, Gemeinden und Samtgemeinden im Landkreis Hildesheim gemeinsame Sache. Sie haben jetzt eine entsprechende Zweckvereinbarung über Beschaffung, Pflege, Überprüfung und Reparaturen der Atemschutzgeräte mit dem Landkreis unterzeichnet, nachdem alle Räte und der Kreistag zugestimmt hatten. Der Verbund geht auf eine Anregung des Kreisfeuerwehrverbandes zurück und gilt zunächst für zehn Jahre.

Die Aufgabe des Atemschutzverbundes ist zunächst die Beschaffung von baugleichen Atemschutzgeräten mit den zugehörigen Tragbehältern und Maskenbrillen. So kann jeder jedes Gerät nutzen – und der gemeinsame Einkauf bringt niedrigere Preise. Der Landkreis hat inzwischen die europaweite Ausschreibung für 1250 Atemschutzgeräte sowie 1550 Atemschutzmasken nebst Zubehör eingeleitet.

Kreis-Fachdienstleiter Torsten Köhler hebt hervor, dass der Verbund künftig in der Lage sein wird, alle Geräte bei Übungen und Einsätzen unmittelbar auszutauschen und nachzuliefern, was mehr Sicherheit bedeute. Alle Einsatzkräfte erhielten zudem stets frisch geprüfte Geräte und Masken. Kreisbrandmeister Josef Franke freut sich über diese Entwicklung: „Es ist ein deutlicher Schritt in die Zukunft, dass alle Feuerwehren über gleiche Geräte verfügen und ein Komplettaustausch der Geräte unmittelbar möglich ist.“

Zur Wartung, Pflege, Überprüfung und Reparatur der Atemschutzgeräte werden Werkstätten in der Feuerwehrtechnischen Zentrale in Groß Döngen, bei der Berufsfeuerwehr Hildesheim sowie in Alfeld vorgehalten.

Die ersten Geräte sollen schon im zweiten Halbjahr 2015 und weitere im ersten Halbjahr 2016 ausgeliefert werden.

KURZ GEMELDET

Bundesweites Mopstreffen

EIME. Die Familie Keil-Maibohm veranstaltet am Pfingstsonntag, 24. Mai, ab 13 Uhr das mittlerweile fünfte Mopstreffen in Eime. Die Teilnehmer kommen aus dem gesamten Bundesgebiet. Am Nachmittag findet auch ein Wettbewerb mit den eigenwilligen Vierbeinern statt. Interessierte können gern zum Veranstaltungsgelände bei der Familie Keil-Maibohm in die Alte Straße 10a kommen. *mv*

Gesprächsrunde für pflegende Angehörige

NORDSTEMMEN. Der Förderverein der DRK-Sozialstation Elze-Nordstemmen veranstaltet am Mittwoch, 3. Juni, eine Gesprächsrunde für pflegende Angehörige zum Thema „Schmerztherapie und Alternativen“. Die Veranstaltung beginnt um 15 Uhr in den Räumen des DRK-Ortsvereins Nordstemmen, Hauptstraße 69. Referentin ist die Nordstemmer Apothekerin Kathrin Schlünsen.